



Interviews

Informationen am Morgen

Datum: 30.05.2023

Interview: Nach Wiederwahl: warum wählen so viele Deutsch-Türken Erdogan?

Friedbert Meurer im Gespräch mit Cem Özdemir, Bündnis 90/ Die Grünen, Landwirtschaftsminister

Friedbert Meurer: Der Bundesagrarminister hat am Wochenende zu den Wahlen einen Tweet abgesetzt und jetzt bin ich mit Cem Özdemir verbunden. Er ist schon in Brüssel beim Agrarministerrat. Cem Özdemir ist ja Minister für Ernährung und Landwirtschaft. – Guten Morgen, Herr Özdemir.

Cem Özdemir: Guten Morgen, Herr Meurer!

Meurer: Was wir gerade so alles gehört haben, die Kritik an Ihnen: Stehen Sie noch zu Ihrem Tweet?

Özdemir: Was habe ich schon gesagt? Ich habe gesagt, dass in der Türkei viele Menschen, die nicht Erdogan gewählt haben, nahezu die Hälfte der Gesellschaft auch mit dem Finger auf Deutschland zeigt, übrigens auch mit dem Hinweis darauf, dass sie sagen, dass das weite Programm der früheren Bundeskanzlerin Frau Merkel hier und da schon auch als Wahlkampfhilfe für Herrn Erdogan verstanden wurde, und Ähnliches gilt für das Wahlverhalten des Teils, der wählen geht, dass sie das nicht verstehen. Sie leben dort nicht, sie sind nicht für die Folgen verantwortlich, sondern die genießen den Euro, der viel wert ist, können dort günstig einkaufen, während die andere Hälfte der Türkei mit Armut zu tun hat und mit Demokratieabbau. Nichts davon habe ich zurückzunehmen. Das sind ja schließlich Fakten und Realitäten und ich glaube, die Äußerungen zeigen doch eher, dass die Zeitenwende, die im Umgang mit Herrn Putin und dieser hybriden Konfliktführung auch in Deutschland angekommen ist, in dieser Frage noch nicht mal im Ansatz angekommen ist.

Meurer: Dieser Vorwurf, den wir da gehört haben, ziehen Sie sich den Schuh an, dass Sie die AKP-Wähler stigmatisieren in Deutschland?

Özdemir: Ich ziehe mir den Schuh an, dass ich natürlich verstehe, dass es sinnvoll wäre, wenn Kinder, die hier geboren sind, so wie ich mit der Geburt deutsche Staatsbürger werden und nicht erst mal die ersten 18 Jahre das nicht sind, dass es sinnvoll wäre, ein durchlässiges Bildungssystem zu haben. Aber nichts davon entschuldigt doch die Folter, Korruption, Unterdrückung, die Vertreibung der letzten Christen aus der Türkei, dass Menschen, die Aleviten sind, Jesiden sind oder einer anderen Religionsgemeinschaft angehören, nicht Bürger erster Klasse sein sollen oder Kurden ihre Sprache nicht sprechen sollen. Nichts davon rechtfertigt, dass man Antidemokrat wird. Mit einer ähnlichen Begründung könnte man ja auch rechtfertigen, dass Menschen zur AfD gehen. Auch das kritisiere ich ja, dass man

Deutschland den Rücken kehrt. Dann muss ich gleiche Maßstäbe ansetzen, dass passiert ja nicht. Rechtsradikalismus, Ultrationalismus, religiöser Fundamentalismus, da gibt es nicht erste und zweite Klasse. Wenn ich das bei der deutschen Mehrheitsgesellschaft kritisiere, dann darf ich bei Zugewanderten nicht wegschauen.

Meurer: Warum schauen offenbar Türkeistämmige weg bei ihrer Wahlentscheidung? Es ist ja verständlich oder nachvollziehbar, wenn analysiert wird, wenn ihr Mehrheitsdeutschen die jungen Türkischstämmigen diskriminiert bei Jobsuche und Wohnungssuche, dann ist das das Ergebnis. Auf der anderen Seite diese Frage. Schauen die weg, wenn Oppositionelle verhaftet und eingesperrt werden in der Türkei?

Özdemir: Schauen Sie, die Situation der Türkei, die können wir von hier nur bedingt beeinflussen. Der deutsche Landwirtschaftsminister hat da, glaube ich, noch ein bisschen weniger Einfluss drauf. Aber wir können uns beschäftigen mit dem, was hier los ist, und da rede ich seit Jahren darüber, dass die Türkei eine sehr aktive Diaspora-Politik macht, übrigens schon vor Erdogan, aber Erdogan hat das noch mal massiv ausgebaut. Das Ziel sind junge Menschen, unter anderem über Medien. Das können Sie ja mal googlen, wann ich zum ersten Mal den Vorschlag gemacht habe, eine Art deutsch-türkisches Arte zu machen - das ist in Jahrzehnten zu messen -, dass wir endlich auch medial uns diesen Menschen widmen, gerne auch in ihrer jeweiligen Muttersprache, um nicht zuzulassen, dass quasi über die Wohnzimmer, über die Fernseher und mittlerweile übers Netz und über die sozialen Medien diese Art von Propaganda, die sich ja auch zum Teil gegen die Integration, gegen das Zusammenleben in Deutschland richtet, um dem was entgegensetzen. Ein ähnliches Phänomen haben wir übrigens zum Teil bei den Russlanddeutschen, dass auch da die putinsche Propaganda in unsere Wohnzimmer kommt und wir auch da dringend aufpassen müssen. Dazu kommt ja eine Politik, zum Teil der muslimischen Dachverbände, die immer mehr ausgerichtet werden an der Orientierung der Herkunftsstaaten. Sind wir eigentlich wirklich vorbereitet auf eine neue Generation von Imamen aus der Türkei, wo man ja davon ausgehen muss, dass die noch nationalistischer, noch fundamentalistischer werden, mit Einfluss auf unsere Jugend. – Mir geht es ein bisschen darum, die Zeitenwende, die wir jetzt haben im Umgang mit Russland, wo viele ja gesagt haben, ach, das konnte ich ja gar nicht wissen, dass Herr Putin gar nicht so ein netter Mensch ist, dass wir das jetzt endlich realisieren. Das sind unsere Jugendlichen, das sind unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Meurer: Wenn die Türkei, Herr Özdemir, nationalistisch gesinnte Imame nach Deutschland schickt – und wenn ich die Zahl richtig weiß: 90 Prozent aller Imame in den Moscheen kommen aus der Türkei, sind geschickt worden -, was kann man da tun?

Özdemir: Sie sehen ja, ich mache da ja keine Parteipolitik, nämlich dass man als Reaktion darauf Staatsverträge mit ihnen schließt, sie quasi noch belohnt, dass man als Reaktion damit in unterschiedlichen Bundesländern Religionsunterrichtsmodelle entwickelt, wo DITIB und sogar Mili Gődös Zugang in unsere Schulen bekommen, das heißt der türkische Staatspräsident künftig auch im Klassenzimmer sitzt. Ich wünsche frohes Verrichten, wenn wir dann in fünf oder in zehn Jahren bei Ihnen in der Sendung hören, Herr Meurer, wen auch immer Sie dann interviewen, ach, das hätten wir ja gar nicht wissen können, wenn es das dann

wieder heißt. Man kann es wissen, wenn man es wissen möchte. Nur die Bundesländer und viele Kultusministerien wollen es nicht wissen. Sie reden sich die Organisation schön. Es gibt da auch fast schon eine gewisse Haltung dazu, dass man sich gerne – ich versuche gerade eine höfliche Formulierung – hinter die Fichte führen lässt.

Meurer: Da sind einige naiv in den Landesparlamenten und Landesregierungen?

Özdemir: Ja! Der türkische Rechtsextremismus und die Ideologie müssen ernstgenommen werden. Es gibt den massiven Versuch, die Grauen Wölfe, vielleicht sei an der Stelle auch noch mal daran erinnert, dass in der letzten Legislaturperiode ein Antrag im Deutschen Bundestag einstimmig verabschiedet wurde, sie zu verbieten. Auch da muss man dringend hinschauen, was da gerade passiert mit diesem Amalgam aus völkischem Nationalismus und Islamismus. Bei einem Teil der Leute muss man ehrlicherweise einräumen, so wie bei einem Teil der AfD, an die kommt man nicht mehr ran, aber mir geht es um die vielen anderen. Um die müssen wir uns kümmern und dazu gehören Angebote, gutes Bildungssystem, das abkoppelt den Erfolg der Kinder von der Herkunft der Eltern, ob sie reich oder arm sind. Das wird übrigens auch deutschen Arbeiterkindern zugutekommen. Dazu gehört sicherlich auch eine gute Integrationspolitik, Stichwort Staatsangehörigkeitsrecht. Dazu gehören aber auch klare Ansagen und vor diesen Ansagen drückt sich die deutsche Politik und auch der eine oder andere deutsch-türkische Kollege von mir.

Meurer: Stichwort Staatsbürgerschaftsrecht. Da sagen schon einige Kritiker, warum soll man Leuten die Staatsbürgerschaft geben, die wenig von pluralistischer Demokratie halten, wie Sie selbst in Ihrem Tweet sagen.

Özdemir: Ich bin da nicht zuständig dafür. Deshalb sage ich es mal so: Ich glaube, gerade die Generation meiner Eltern, wobei die leben leider nicht mehr – das war die erste Generation -, die hat große Verdienste auch um unser Land. Die kamen unter schwierigsten Bedingungen. Die Integrationskurse und Sprachkurse damals hielt man oft nicht für notwendig, weil man sagte, für die paar Handgriffe am Fließband reicht es. Ich glaube, da wäre es auch ein Zeichen der Anerkennung, dass man denen gegenüber, den ersten Generationen gegenüber diese doppelte Staatsbürgerschaft gewährt. Und bei der dritten, vierten, fünften Generation muss dann jeder entscheiden, wie sinnvoll das ist. Das gilt ja in ähnlicher Weise auch für das Wahlrecht. Schauen Sie: Macht es wirklich Sinn, dass man in der dritten, vierten Generation in einem Land lebt, in dem man keine Steuern zahlt, nicht lebt. Sinnvoller wäre es doch, dass man dann Teil der Gesellschaft wird, in der man tatsächlich Steuern zahlt, wählt, die Schule besucht und dort mitbestimmt. Aber das gilt dann auch für andere Länder. Das gilt dann auch für uns. Wenn ich vielleicht noch eins sagen darf, weil wir darüber jetzt noch gar nicht geredet haben und das in der Debatte gar nicht auftaucht. Diese knapp 50 Prozent, die in der Türkei nicht den Präsidenten gewählt haben, die haben wir ja auch. Die wird wachsen durch Exilanten, viele junge Menschen in der Türkei, die die Hoffnung verlieren, viele sehr gut ausgebildete ...

Meurer: Das könnte sich positiv auf Deutschland dann auswirken?

Özdemir: Erst mal wird es sich negativ auf die Türkei auswirken, weil die Türkei viele gut ausgebildete Leute verliert, einen massiven Brain Drain, der jetzt ja schon eingesetzt hat.

Was ich aber sagen möchte ist: Was gar nicht geht – und darüber wird mir auch zu wenig geredet -, dass diese Menschen Angst haben, dass viele Oppositionelle, die grundgesetztreu sind - - Muss man sich dafür entschuldigen, dass man als Migrant türkischer Herkunft zum deutschen Grundgesetz loyal ist, dass die hier Selbstzensur üben, weil sie Angst haben, wenn sie in den Urlaub in die Türkei gehen, dass sie Angst haben. Schützt sie die deutsche Politik? Schützt sie der deutsche Staat vor dem langen Arm Erdogans? Auch darüber ist zu reden! - Die Antwort ist leider kein uneingeschränktes Ja.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.